Stadt EMDEN

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.11.2025
Beginn der Sitzung:	17:00 Uhr
Ende der Sitzung:	18:46 Uhr
Sitzungsort:	Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Borchers, Sebastian

SPD-Fraktion
Hemken, Harald
Stomberg, Holger
Strelow, Gregor
Winter, Maria

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Verlee, Gerold

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Ouedraogo, Abdou — für Bernd Renken

FDP-Fraktion
Schreitling, Nico

GfE-Fraktion
Janssen, Bernd

Fraktion DIE LINKE.
Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst

von der Verwaltung
Jakobs-Valentin, Stefan
Behrens, Sebastian
Sommer, Michael
Christians, Jörg — (bis 18:27 Uhr)
Snakker, Kerstin
Bloem, Angela
Rogge-Mönchmeyer, Kerstin — (bis 18:09 Uhr)
Müller, Bettina — (bis 18:09 Uhr)
Rogga, Frank — (bis 18:09 Uhr)
Fecht, Wolfgang — (bis 18:09 Uhr)
Reimann, Lydia — (bis 17:55 Uhr)

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.11.2025

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Borchers begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 31 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.06.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.06.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 18/1823

Zu Beginn kündigt **Herr Jakobs** an, dass mehrere über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen zur Entscheidung anstehen würden. Aufgrund der fachlichen Komplexität seien zahlreiche Vertreter der Verwaltung anwesend, um die jeweiligen Sachverhalte zu erläutern und für Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

Instandsetzung Trog

Herr Fecht führt aus, dass sich die Mehrkosten in Höhe von 960 Tsd. € aus verschiedenen Faktoren zusammensetzen würden. Dazu zählten unter anderem coronabedingte Mehraufwendungen auf Grundlage eines entsprechenden Erlasses des Bundes,

Preissteigerungen infolge der verlängerten Bauzeit, zusätzliche Kosten für die Baustelleneinrichtung sowie die Entsorgung kontaminierten Asphalts. Darüber hinaus seien Kosten für einen zusätzlichen Bahnübergang samt Sicherung entstanden, der auf Wunsch zur Aufrechterhaltung der Erreichbarkeit eingerichtet worden sei.

Herr Borchers bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Strelow äußert, dass der bisherige Verlauf der Maßnahme insgesamt unzufriedenstellend und deutlich über dem Budget liegend sei, betont aber, dass dies kein persönlicher Vorwurf gegenüber dem BEE sein solle. Er erkundigt sich, ob die Maßnahme nun abgeschlossen sei und ob weitere Kosten zu erwarten seien.

Herr Fecht erklärt, dass die Maßnahme weitgehend abgeschlossen sei. Es würden lediglich Restarbeiten wie Markierungen und kleinere Anpassungen ausstehen, die kurzfristig beendet werden sollten. Weitere größere Kosten seien nicht zu erwarten.

Herr Janssen äußert Kritik an der langen Bauzeit sowie an der aus seiner Sicht geringen Präsenz von Arbeitskräften auf der Baustelle. Zudem weist er auf eine mögliche Gefahrenstelle für Radfahrer hin und bittet um Überprüfung der baulichen Situation.

Herr Fecht führt aus, dass bestimmte bauliche Gegebenheiten nicht anders lösbar gewesen seien, sagt jedoch zu, die angesprochene Stelle nochmals zu prüfen und gegebenenfalls nachzubessern. Durch die noch ausstehenden Markierungsarbeiten werde zudem eine bessere Orientierung erwartet.

Herr Hegewald spricht sich dafür aus, den Fokus künftig stärker auf die Zukunft zu richten, anstatt vergangene Probleme wiederholt zu thematisieren. Er betont, dass die Verzögerungen und Schwierigkeiten nicht mutwillig entstanden seien, und zeigt sich erleichtert über den baldigen Abschluss der Maßnahme sowie die Wiederherstellung der Verkehrsverbindung.

Frau Winter begrüßt ebenfalls den Fortschritt, hinterfragt jedoch, wie die zusätzlichen Kosten aus Mitteln des Baubetriebs gedeckt werden könnten.

Herr Jahnke erläutert, dass die Deckung der Kosten zulasten geplanter zukünftiger Straßenbaumaßnahmen gehe. Diese Mittel seien nicht „übrig“, sondern müssten im zukünftigen Haushalt 2027 erneut eingeplant werden. Die Entscheidung sei getroffen worden, um in der aktuellen Situation keine weiteren Baustellen zu eröffnen.

Herr Verlee betont, dass überplanmäßige Ausgaben eigentlich die Ausnahme sein sollten, inzwischen jedoch häufiger vorkommen würden. Er weist darauf hin, dass diese Mittel an anderer Stelle fehlen würden, und mahnt, aus vergangenen Fehlentscheidungen zu lernen. Zudem hebt er hervor, dass Konsequenzen für zukünftige Planungen gezogen werden müssten, insbesondere im Hinblick auf Vergabeverfahren und Kostenkalkulationen.

Herr Janssen unterstützt die Kritik seines Vorredners und hebt hervor, dass regelmäßig über hohe Mehrkosten entschieden werde. Er fordert stärkere Begrenzungen von Kostenüberschreitungen und sieht die Notwendigkeit, Projekte gegebenenfalls anzupassen oder zu reduzieren, wenn finanzielle Mittel fehlen.

Herr Hemken widerspricht dem teilweise und stellt klar, dass laufende Bauprojekte nicht einfach abgebrochen werden könnten. Er betont, dass vergangene Fehler nicht mehr zu ändern seien, fordert jedoch, bestehende Mängel künftig konsequent zu überwachen und frühzeitig zu beheben.

Herr Strelow bittet darum, die genaue Höhe der Budgetüberschreitung im Protokoll festzuhalten, da dies auch gegenüber der Öffentlichkeit transparent gemacht werden müsse.

Freibad Borssum

Frau Reimann stellt die Ursachen und Zusammensetzung der überplanmäßigen Ausgaben für das Freibad Borssum anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Herr Borchers bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Herr Verlee führt aus, dass über- und außerplanmäßige Ausgaben grundsätzlich bekannt und nicht ungewöhnlich seien. Im konkreten Fall des Freibads Borssum habe die Umsetzung der Baumaßnahme jedoch ein Ausmaß erreicht, das aus seiner Sicht nicht akzeptabel gewesen sei. Es habe bereits - auch für Außenstehende erkennbar - an einer ordnungsgemäßen Durchführung der Arbeiten gefehlt. Als Beispiel nennt er unzureichende Sicherungsmaßnahmen auf der Baustelle, die frei zugänglich gewesen sei und keine ausreichende Absicherung oder Beschilderung aufgewiesen habe.

Insgesamt wisse er, dass bestimmte Kostenentwicklungen sachlich begründet seien, dieses Beispiel zeige jedoch deutlich, dass Mängel in der Bauausführung und -überwachung erhebliche negative Folgen nach sich ziehen könnten.

Abschließend betont er, dass sich derartige Situationen künftig nicht wiederholen dürften. Er spricht sich daher für eine intensivere Bauüberwachung aus und geht auf den Vorschlag von Herrn Busch ein, dauerhaft verantwortliche Personen zur Koordination auf den Baustellen einzusetzen. Zwar würden dadurch zunächst zusätzliche Kosten entstehen, langfristig könnten jedoch durch bessere Kontrolle und frühzeitiges Eingreifen Einsparungen erzielt werden.

Frau Winter bedankt sich für die Präsentation. Sie betont die Bedeutung des Freibads für den Stadtteil Borssum und unterstützt das Projekt trotz der Mehrkosten. Zudem verweist sie auf externe Einflüsse wie Planungsprobleme und hebt die Rolle von Fördermitteln hervor. Für zukünftige Projekte regt sie eine realistischere Planung sowie eine bessere Nutzung von Fördermöglichkeiten an.

Herr Janssen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er erkundigt sich nach möglichen rechtlichen Konsequenzen aus festgestellten Planungsfehlern und fragt, ob Schadensersatzansprüche geprüft würden.

Frau Reimann erklärt, dass entsprechende Gutachten bereits teilweise Fehlleistungen festgestellt hätten. Derzeit werde ermittelt, in welcher Höhe ein Schaden entstanden sei, um anschließend über mögliche außergerichtliche Einigungen oder rechtliche Schritte zu entscheiden.

Mehraufwand Fachdienst Sozialhilfe

Frau Snakker stellt die Aufwendungen des FD Sozialhilfe anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Herr Borchers bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Janssen fragt nach der Refinanzierung der Nachberechnungen für 2022 bis 2024 und geht davon aus, dass ein Großteil durch das Land erstattet werde.

Frau Snakker bestätigt, dass die Abrechnung jährlich auf Grundlage der tatsächlichen Auszahlungen erfolge und die entsprechenden Beträge 90 % refinanziert würden.

Herr Strelow hinterfragt die geringe Refinanzierung von 31 % bei der Eingliederungshilfe örtlicher Träger und erkundigt sich nach möglichen Verbesserungen.

Frau Snakker erläutert, dass die Höhe der Refinanzierung von der Zuständigkeit abhänge. Bei bestimmten Leistungen, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, liege die Verantwortung bei der Kommune, weshalb hier nur eine anteilige Refinanzierung erfolge. Dies beruhe auf einem System gegenseitiger Kostenbeteiligung zwischen Land und Kommunen.

Mehraufwand Fachdienst Kinder und Familien

Frau Bloem stellt die Mehraufwendungen im Jahr 2025 bei den Betriebskosten der Kitas freier Träger anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Herr Borchers bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Winter bittet um Klarstellung der dargestellten Zahlen und deren Zusammenhang, woraufhin **Frau Bloem** ergänzt, dass Abrechnungen grundsätzlich zeitversetzt erfolgten und daher erst im Folgejahr vollständig vorliegen würden.

Herr Christians hebt hervor, dass eine strukturelle Finanzierungslücke zwischen den tatsächlichen Personalkosten und den pauschalen Landesmitteln bestehe. Das Land habe dies erkannt und stelle vorübergehend zusätzliche Mittel bereit, während eine dauerhafte Anpassung der Finanzierung in Aussicht gestellt sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt den in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025 für die Stadt Emden zu:

I.	Instandsetzung Trog (877 Baubetrieb)	**960.000 Euro**
II.	Anschaffung Parkscheinautomaten (877 Baubetrieb)	**33.000 Euro**
III.	Freibad Borssum (640 Fachdienst Schule, Bildung und Sport)	**431.600 Euro**
IV.	Investitionskostenzuschuss an Kulturevents Emden	**291.100 Euro**
V.	Mehraufwand (550.4 Fachdienst Sozialhilfe)	**3.650.000 Euro**
VI.	Mehraufwand (651.4 Fachdienst Kinder und Familien)	**1.500.000 Euro**

Deckungsvorschlag:

I. Die Deckung i. H. v. 960.000 Euro erfolgt über:

- 8770.09.01 Ersatzbeschaffung Arbeitsmaschinen / Fahrzeuge: 110.000 Euro
- 8770.20.05 Oberflächensanierung von HVS (Asphalt): 600.000 Euro

- 8770.22.04 Neue Straßenbaumaßnahmen 2025: 250.000 Euro

II. Die Deckung i. H. v. 33.000 Euro erfolgt über:

- 101 Verwaltungsvorstand 11.000 Euro
- 432 Fachdienst Straßenverkehr und Ausländerbehörde 11.000 Euro
- 877 Baubetrieb 11.000 Euro

III. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von insgesamt 431.600 Euro erfolgt durch die Investitionsmaßnahme 6514.22.01 Neubau KiTa 2023 des Fachdienstes 651.4 Kinder und Familien.

IV. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von insgesamt 291.100 Euro erfolgt durch die Investitionsmaßnahme 6514.22.01 Neubau KiTa 2023.

V. Die Deckung i. H. v. 3.650.000 Euro erfolgt aus dem Gesamthaushalt der Stadt Emden.

VI. Die Deckung i. H. v. 1.500.000 Euro erfolgt über:

- 600 Fachbereich Jugend, Schule und Sport 250.000 Euro
- 651.1 Fachdienst Jugendhilfe 200.000 Euro
- Gesamthaushalt der Stadt Emden 1.050.000 Euro

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 18/1722

Frau Rogge-Mönchmeyer führt aus, dass im Rahmen der Übertragung investiver Haushaltsreste festgestellt worden sei, dass die ursprünglich beantragte Fördersumme nicht vollständig bewilligt worden sei. Dadurch sei eine Finanzierungslücke von rund 222.900 € entstanden, die erst im Zuge der aktuellen Schlussabrechnungen aufgefallen sei. Hintergrund sei, dass bisher überwiegend mit Abschlagszahlungen gearbeitet worden sei und nun im Rahmen der endgültigen Abrechnungen zusätzliche Kosten sichtbar würden.

Darüber hinaus seien im Projektverlauf weitere, ursprünglich nicht eingeplante Aufwendungen entstanden. Als Beispiele nennt sie die notwendige Verlegung einer Fernwärmeleitung sowie Anpassungen an der Regenentwässerung, die zusätzliche Investitionen erforderlich gemacht hätten.

Man habe versucht, diese Mehrkosten teilweise durch Einsparungen im eigenen Budget zu kompensieren. Hierzu seien unter anderem geplante Ausstattungsmaßnahmen verschoben oder günstiger realisiert worden. Insgesamt hätten jedoch nur begrenzte Mittel eingespart werden können, sodass weiterhin ein zusätzlicher Finanzbedarf in Höhe von rund 291.100 € im investiven Bereich bestehe. Ziel sei es, mit dieser Finanzierung das Projekt abschließend fertigzustellen.

Herr Borchers bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Verlee äußert Kritik daran, dass Kostensteigerungen häufig erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung transparent würden. Er führt aus, dass solche Entwicklungen aus seiner Sicht früher erkennbar sein müssten und bemängelt, dass entsprechende Informationen dem Ausschuss nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt worden seien. Für die Zukunft regt er an, den Rat frühzeitiger über absehbare Mehrkosten zu informieren, um eine bessere Nachvollziehbarkeit und Steuerung zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt der in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025 für den Wirtschaftsplan des Betriebes Kulturevents Emden zu:

Förderung Touristische Infrastruktur **333.300 Euro**
Baumaßnahme „Festspielhaus am Wall“

Deckungsvorschlag:

Durch die Verschiebung bzw. den Verzicht auf bestimmte Investitionen und zum Teil Einsparungen in den Jahren 2025 und 2026 kann ein Teil i. H. v. 42.200 Euro wie folgt aus eigenen investiven Haushaltsansätzen gedeckt werden:

Investitionsnummer	Investitionsbezeichnung	Deckungsbetrag in Euro
8410.20.01	Auss. NSH u. FaW	20.000
8410.25.01	Anhänger Crafter	5.200
8410.25.02	Lichtpult Outdoor	14.800
8410.25.03	Mobiler Bühnenanhänger	2.200

Die Differenz i. H. v. 291.100 Euro wird über einen Investitionskostenzuschuss der Stadt Emden zur Verfügung gestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 18/1825

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt den in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2024 für die Stadt Emden zu:

I. Mehraufwand (550.4 Fachdienst Sozialhilfe) **474.700 Euro**

II. Mehraufwand (877 Baubetrieb) **232.000 Euro**

III. Freibad Borssum (640 Fachdienst Schule, Bildung und Sport) **468.400 Euro**

Deckungsvorschlag:

VII. Die Deckung i. H. v. 474.700 Euro erfolgt über Mehrerträge im Bereich der Leistungsbeteiligung zur Umsetzung der Grundsicherung Arbeitssuchender im Jobcenter.

VIII. Die Deckung i. H. v. 232.000 Euro erfolgt aus dem Gesamthaushalt der Stadt Emden.

IX. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von insgesamt 468.400 Euro erfolgt durch die Investitionsmaßnahme 6514.22.01 Neubau KiTa 2023 des Fachdienstes 651.4 Kinder und Familien.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 18/1826

Frau Rogge-Mönchmeyer erläutert die o. g. Vorlage.

Abschließend erklärt sie, dass die angesprochenen Maßnahmen grundsätzlich hätten eingeplant und entsprechend budgetiert werden müssen. Da dem Betrieb Kulturevents jedoch zusätzliche Aufgaben, insbesondere im Bereich der Außenveranstaltungen, übertragen worden seien, hätten hierfür keine ausreichenden Mittel im bestehenden Budget zur Verfügung gestanden. Man sei daher gezwungen, kurzfristige Lösungen zu finden, um die entstehenden Kosten zu decken.

Herr Borchers bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Auf eine Nachfrage von **Herrn Hemken** zur Finanzierung erläutert **Herr Jakobs**, dass die Deckung im Beschlussvorschlag dargestellt sei. Der entstehende Fehlbetrag werde über eine bestehende Überschussrücklage aus Vorjahren ausgeglichen, die derzeit noch Mittel in Höhe von rund 1,8 Mio. € umfasse.

Herr Verlee weist darauf hin, dass im Zuge der anstehenden Baumaßnahmen an der Nordseehalle künftig mit geringeren Einnahmen aus Kulturveranstaltungen zu rechnen sei. Während in der Vergangenheit, etwa in besonderen Nutzungssituationen, teilweise auch Überschüsse erzielt worden seien, werde dies während der Bauphase voraussichtlich nicht mehr möglich sein.

Frau Rogge-Mönchmeyer bestätigt, dass insbesondere ab dem Jahr 2027 mit sinkenden Einnahmen zu rechnen sei. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass auch bestimmte Kostenpositionen entfallen würden, etwa durch die Übertragung der Nordseehalle an das Gebäudemanagement, wodurch unter anderem Abschreibungen und laufende Betriebskosten wie Heizkosten nicht mehr im bisherigen Umfang anfallen würden.

Gleichwohl betont sie, dass der Umbau der Nordseehalle nicht zwangsläufig zu einer spürbaren finanziellen Entlastung führen werde. Es würden vielmehr neue Herausforderungen und zusätzliche Aufwendungen entstehen, etwa für die Unterbringung des Personals während der Bauphase sowie für die fachgerechte Lagerung hochwertiger technischer Ausstattung. Hierfür seien gegebenenfalls externe Lagerkapazitäten erforderlich. Zudem sei die weitere Planung noch nicht abgeschlossen, sodass derzeit noch keine abschließende Bewertung der finanziellen Auswirkungen möglich sei.

Abschließend weist sie darauf hin, dass das Festspielhaus am Wall derzeit eine sehr hohe Auslastung aufweise, was sowohl zu entsprechenden Einnahmen als auch zu erhöhten Personalkosten führe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt den in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2024 für den Wirtschaftsplan des Betriebes Kulturevents Emden i. H. v. 615.000 Euro zu.

Deckungsvorschlag:

Für die überplanmäßigen Aufwendungen gibt es im Haushaltsjahr 2024 keine Deckungsmöglichkeit. Das Jahr 2024 wird mit einem Fehlbetrag von voraussichtlich rd. 500.000 Euro abschließen, welches jedoch durch die bestehende Überschussrücklage in Höhe von rd. 1,8 Mio. Euro ausgeglichen werden kann.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Berufung des Stadtwahlleiters und des stellv. Stadtwahlleiters für die Kommunalwahl 2026
Vorlage: 18/1820

Die Tagesordnungspunkte 9, 10 und 11 werden gemeinsam beraten und im Anschluss einzeln abgestimmt.

Herr Behrens stellt die Wahlen 2026 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Herr Borchers bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Frau Winter stellt fest, dass die Entwicklung der Einwohnerzahlen seit einigen Jahren rückläufig sei, obwohl ursprünglich eine andere Entwicklung angestrebt worden sei. Sie bittet um Auskunft über die Einwohnerzahl zum Zeitpunkt der letzten Kommunalwahl.

Herr Behrens erläutert, dass hier die amtliche Einwohnerzahl maßgeblich sei, die von den Zahlen des Melderegisters abweichen könne. Aktuell liege diese bei etwa 49.100 Einwohnern und habe sich seit etwa einem Jahr auf diesem Niveau stabilisiert. Auch in der Vergangenheit habe die Einwohnerzahl unter 50.000 gelegen.

Anmerkung der Protokollführung:
Die durch das Landesamt für Statistik Niedersachsen zum Stichtag 30.06.2020 ermittelte Einwohnerzahl der Stadt Emden mit 49.651 EinwohnerInnen wird im Hinblick auf die Kommunalwahl am 12.09.2021 als maßgebende Einwohnerzahl im Sinne des § 177 Abs. 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetz bestimmt. (schriftliche Mitteilung von Herrn Behrens v. 26.11.2025).

Herr Verlee erkundigt sich nach dem Ablauf der Stimmenauszählung bei Wahlen und fragt insbesondere nach der Reihenfolge der Auszählung sowie nach der Systematik der Sitzverteilung auf die Wahlbereiche. Zudem regt er an, entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen.

Herr Behrens erklärt, dass es eine gesetzlich festgelegte Reihenfolge gebe, nach der zunächst die Kommunalwahl und anschließend die Direktwahl ausgezählt werde. Die Sitzverteilung erfolge auf Grundlage der Gesamtstimmen für Parteien und Kandidaten über alle Wahlbereiche hinweg. Anschließend würden die Sitze proportional zu den jeweiligen Stimmenanteilen auf die einzelnen Wahlbereiche verteilt. Aufgrund der Komplexität des Verfahrens kündigt er an, eine schriftliche Erläuterung nachzureichen.

Herr Hegewald ergänzt, dass diese Thematik auch für die Bürgerinnen und Bürger schwer verständlich sei, und regt an, die Funktionsweise der Sitzverteilung beispielsweise durch digitale Hilfsmittel wie einen Wahlrechner auf der Homepage der Stadt Emden transparenter darzustellen.

Beschluss:

Für die gesetzlichen Aufgaben der Stadtwahlleitung zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl am 13. September 2026 werden folgende Personen berufen:

Stadtwahlleiter:	Erster Stadtrat Horst Jahnke
Stellv. Stadtwahlleiter:	Stadtamtmann Marco Kleen

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Maßgebende Einwohnerzahl sowie Anzahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2026
Vorlage: 18/1821

Beschluss:

1. Die durch das Landesamt für Statistik Niedersachsen zum Stichtag 30.06.2025 ermittelte Einwohnerzahl der Stadt Emden mit 49.125 Einwohnerinnen und Einwohnern wird im Hinblick auf die Kommunalwahl am 13. September 2026 als maßgebende Einwohnerzahl im Sinne des § 177 Abs. 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetz bestimmt.

2. Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 genannten Einwohnerzahl wird das Wahlgebiet Stadt Emden bezogen auf die Kommunalwahl am 13. September 2026 in 3 Wahlbereiche (West, Nord und Ost) eingeteilt. Die Abgrenzung der Wahlbereiche erfolgt wie in der Begründung zu dieser Vorlage (18/1821) beschrieben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Wahltag für die Direktwahl der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters 2026
Vorlage: 18/1822

Beschluss:

Als Wahltag für die Direktwahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters der Stadt Emden bestimmt der Rat der Stadt Emden den 13. September 2026.

Ergebnis: einstimmig

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

TOP 12 Bericht über die nachhaltige Investitionskreditaufnahme für die Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH (Zentralklinik Ostfriesische Meere) im Rahmen der Konzernfinanzierung
Vorlage: 18/1776

Herr Sommer stellt die nachhaltige Konzernkreditaufnahme über 50 Mio. € anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Herr Borchers bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Jahnke hebt hervor, dass die Umsetzung der Finanzierung deutlich aufwendiger gewesen sei, als es in der Darstellung den Anschein gehabt habe. Die erfolgreiche Platzierung am Kapitalmarkt sei nur durch die umfangreiche Vorbereitung, die Zusammenstellung zahlreicher Unterlagen sowie die enge Zusammenarbeit mit internen und externen Beteiligten möglich gewesen.

Er spricht Herrn Sommer ein großes Lob für die koordinierende Leistung sowie die gute Zusammenarbeit mit Banken und weiteren Fachstellen aus. Insgesamt habe dies zu einer erfolgreichen Finanzierung mit langfristig günstigen Konditionen geführt. Zudem hebt er insbesondere die Sicherung eines Zinssatzes von etwa 4 % hervor, was für die Wirtschaftlichkeit des Projekts von großer Bedeutung sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sommer führt aus, dass im Rahmen des letzten Standardberichtswesens eine Nachfrage zu eingegangenen Zuschüssen von privaten Unternehmen von Herrn Renken gestellt worden sei. Diese würde er nun ergänzend nachreichen.

Er stellt die Zuschüsse von privaten Unternehmen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Herr Borchers bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Janssen bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Er nimmt Bezug auf mögliche Einnahmen aus Energieprojekten und fragt nach den Perspektiven für die Stadt, insbesondere im Zusammenhang mit Gewerbesteuereinnahmen aus Offshore- und Energieinfrastruktur.

Herr Jahnke erläutert, dass derzeit vor allem Wilhelmshaven von entsprechenden Einnahmen profitiere, obwohl Emden ebenfalls in erheblichem Umfang zur Energiewende beitrage, beispielsweise durch Infrastruktur und Flächenbereitstellung. Vor diesem Hintergrund sehe er die derzeitige Verteilung kritisch und beabsichtigt, sich gegenüber dem Land für eine stärkere Berücksichtigung der eigenen Leistungen einzusetzen. Entsprechende politische Gespräche sowie schriftliche Stellungnahmen seien bereits in Vorbereitung.

Herr Hegewald unterstützt diese Position grundsätzlich, weist jedoch darauf hin, dass aufgrund der Interessenlage anderer Kommunen mit begrenzter Unterstützung zu rechnen sei und Emden möglicherweise eine eher isolierte Position einnehme.

Herr Jahnke bestätigt diese Einschätzung und führt aus, dass kommunale Spitzenverbände naturgemäß die Interessen aller Kommunen vertreten müssten. Dennoch wolle man gemeinsam mit anderen betroffenen Küstenkommunen versuchen, Einfluss auf das laufende Verfahren zu nehmen. Hierzu seien auch Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern sowie die Einbindung regionaler Abgeordneter vorgesehen.

Herr Strelow betont die Dringlichkeit des Anliegens und fordert ein zeitnahes und entschlossenes Vorgehen.

Herr Jahnke sichert zu, dass entsprechende Schreiben kurzfristig finalisiert und versendet würden, um im laufenden Anhörungsverfahren noch Einfluss nehmen zu können. Dabei solle insbesondere die besondere Rolle der Stadt Emden im Kontext der Energiewende deutlich herausgestellt werden.

Abschließend berichtet Herr Jahnke über den Stand geplanter Einsparmaßnahmen im Bereich der Personalkosten. Er führt aus, dass das angestrebte Einsparziel in Höhe von 2 Mio. € voraussichtlich erreicht werde, insbesondere aufgrund verzögerter Wiederbesetzungen offener Stellen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass externe Faktoren, wie etwa Entwicklungen bei Pensionsverpflichtungen, weiterhin Unsicherheiten bergen könnten.

Darüber hinaus seien weitere Maßnahmen zur nachhaltigen Kostensenkung identifiziert worden. Diese sollten zu Beginn des kommenden Jahres im Rahmen einer gesonderten und zunächst nicht öffentlichen Sitzung detailliert vorgestellt und mit dem Ausschuss erörtert werden.

TOP 14 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.